Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Press release
Kiel, 28.03.2011

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

G9-Konflikt in Satrup: Der Bildungsminister fördert den Schulkannibalismus

Der SSW wirft Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug vor, bei der Umsetzung der letzten Schulreform Unfrieden in die Schulstandorte zu tragen. „Das Bildungsministerium schaut seelenruhig zu wie das neue Schulgesetz die betroffenen Menschen vor Ort auseinanderdividiert, das kann so wirklich nicht weitergehen", kritisiert die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, ***Anke Spoorendonk.*** *Sie fordert nun ein Machtwort des Ministerpräsidenten.*

Anke Spoorendonk verweist auf den Konflikt am Standort Satrup in Angeln, wo das Bildungsministerium gegen den Willen des Schulverbands und des Schulträgers das „Y-Modell" am Bernstorff-Gymnasium, genehmigt hat, obwohl die benachbarte Struensee-Gemeinschaftsschule ebenfalls G9 anbietet. „Indem das Bildungsministerium dem Gymnasium absoluten Vorrang einräumt, fördert es den Schulkannibalismus vor Ort. Dabei gibt es auch andere Beispiele, wie das „Preetzer Modell", bei dem das Gymnasium G8 und die Gemeinschaftsschule G9 anbietet. Eine vernünftige Arbeitsteilung der verschiedenen Schulformen ist durchaus möglich. Es ist reine Ideologie, wenn der Bildungsminister die Konkurrenz fördert und dabei dem Schulträger auch noch aufbürdet, zwei verschiedene G9-Bildungsgänge vor Ort zu finanzieren. Das Ministerium hätte auch im örtlichen Konflikt mit dem Gymnasium vermitteln können, aber es hat sich aus politischen Gründen herausgehalten", sagt die SSW-Bildungspolitikerin.

Anke Spoorendonk will nun einen Bericht des Bildungsministeriums in der nächsten Sitzung des Landtags-Bildungsausschusses beantragen. „Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn das Ministerium sich zurücklehnt und zulässt, dass das neue Schulgesetz die Schullandschaft vor Ort derart vergiftet. Das kann doch wirklich nicht das Ziel von CDU und FDP gewesen sein. Sollte der Bildungsminister nicht endlich das Wohl der Schulen über seine Ideologie stellen, dann muss der Ministerpräsident für den Schulfrieden sorgen, den er selbst so vollmundig versprochen hat.“